

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Le Monde - Rußland und der Westen; International Herald Tribune - Für Moskau das Jahr Europas; The Guardian - Von Frankreich keine große Hilfe; Far Eastern Economic Review - Europas Chance; The Washington Post - Goldfieber

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Blick in die Weltpresse: Le Monde - Rußland und der Westen; International Herald Tribune - Für Moskau das Jahr Europas; The Guardian - Von Frankreich keine große Hilfe; Far Eastern Economic Review - Europas Chance; The Washington Post - Goldfieber, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 6, pp. 330-331

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134557>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

Le Monde

Rußland und der Westen

Paris, 1. 6. 1973: Paradoxerweise bittet die Sowjetunion jetzt den Westen, ihr bei der Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer Macht auf alien Gebieten zu helfen. Es gab eine Zeit, da wäre ein derartiges Ansinnen von den „imperialistischen“ Regierungen schlankweg abgelehnt worden, weil sie fest entschlossen waren, Rußland seinem Schicksal zu überlassen. Heute aber verfolgen die USA, Westdeutschland, Japan und Frankreich parallele Ziele. Ständig expandierende Industrien brauchen ständig neue Märkte und Energiequellen. Ob sie wollen oder nicht, spüren sie die Anziehungskraft des riesigen russischen Marktes und der Erdgasvorkommen Sibiriens.

Auf politischer Ebene waren Mr. Nixon und Mr. Kissinger erfreut, als Gegenleistung für die von ihnen der Sowjetwirtschaft gegebene lebenswichtige Hilfe einige Konzessionen über Vietnam oder Berlin zu erhalten. Sie streben aber noch mehr an. Sie glauben, daß die kommunistische Welt nicht in der Lage sein wird, westlichen Technologien und westlichem Kapital die Tore zu öffnen, ohne auch den Ideen des Westens den Zugang zu erleichtern.

INTERNATIONAL

Herald Tribune

Published with The New York Times and The Washington Post

Für Moskau das Jahr Europas

Paris, 23. 5. 1973: Mr. Breschnews Besuch in Bonn bedeutet, daß die USA nicht die einzige Großmacht sind, für die 1973 als das „Jahr Europas“ gilt... Verschiedene Kremigrößen haben in den letzten Jahren persönlich die Beziehungen zu verschiedenen europäischen Ländern kultiviert. Jetzt hat der Mann an der Spitze als erster Sowjetherrscher das Land besucht, dessen düstere Geschichte und gegenwärtige Stärke es sowohl für den Osten als auch für den Westen zum Zentrum Europas gemacht haben.

Mit diesem Besuch beabsichtigt er zweifellos, Moskaus Europapolitik nach dem kalten Kriege zum Durchbruch zu verhelfen, die die Sowjetunion als regulären und legitimierten Partner in westeuropäischen Angelegenheiten etablieren soll. Manche vermuten, daß der Krenl seine westliche Front absichern will, während seine Beziehungen zu China gespannt bleiben. Andere hegen den Verdacht, daß Europa dazu verführt werden soll, die USA hinauszukomplimentieren. Auf alle Fälle haben die Sowjets hart daran gearbeitet, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit fast allen Ländern Westeuropas zu normalisieren und langfristig zu festigen.

Präsident Nixon hat wichtige parallele Bemühungen unternommen, die amerikanische Präsenz auch in Osteuropa auszuweiten. Daß er nicht die gleichen Resultate erzielte, ist nicht seine Schuld. Moskau gesteht einfach den Ländern Osteuropas nicht die nationalen Entscheidungsfreiheiten zu, die die westeuropäischen Länder für selbstverständlich halten und durchsetzen. Es bleibt also dabei, daß es sich bei allen Fortschritten zwischen Osten und Westen – für die der Bonner Besuch kennzeichnend ist – bei „Europa“ in erster Linie immer um Westeuropa handelt. Die langfristigen und verantwortungsvollen Absichten der Nixon'schen Politik streben deshalb an, auch Osteuropa in den Begriff Europa einzufügen.

Kann Nixon nach den Skandalen noch regieren?

Paris, 4. 6. 1973 (Joseph Kraft): Kann der Präsident nach Watergate noch regieren? Die Antwort scheint „ja“ zu lauten, falls er aufhört, von heroischen seiner Glorie dienenden Erfolgen zu träumen. Große Probleme sollten nach dem Modell der Teilung der Macht mit dem Kongreß gelöst werden, wie es Präsident Eisenhower mit Lyndon Johnson und Sam Rayburn während der letzten zwei Jahre seiner Amtszeit praktizierte.

Zunächst die Wirtschaft. Durch seinen Finanzminister George Shultz hat Nixon versucht, seine eigene „patentierte“ politische Medizin anzuwenden – d. h. ungehemmte Verbraucherausgaben für die „schweigende Mehrheit“, strenge Beschränkungen bei den die Demokraten begünstigenden Haushaltsposten und ein Minimum an Preis- und Lohnkontrollen. Das führte zu einem steilen Anstieg der Groß- und Kleinhandelspreise, und es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis die

Löhne folgen werden. Und dann wird der Boom in eine schwere Rezession umschlagen.

Niemand kann Gewißheit über die richtige Kur für alle diese Schwierigkeiten besitzen — besonders im Hinblick auf die Erschütterungen durch Watergate. Aber der richtige erste Schritt ist ein zeitweiliges Einfrieren von Löhnen und Preisen. Zwei der besonnensten demokratischen Kongreßmitglieder — Senator Mike Mansfield und der Abgeordnete Wilbur Mills — haben genau das vorgeschlagen. Und wenn der Präsident ihre Lösung akzeptiert, wird er ein Problem meistern, das wahrhaft gefährlich werden könnte.

The Guardian

Von Frankreich keine große Hilfe

Manchester, 2. 6. 1973: Wenn, wie der französische Präsident gestern bemerkte, die Islandgespräche zwischen den USA und Frankreich mehr einer Empfängnis als einer Niederkunft gleichen — wann wird es dann zur Geburt kommen? Noch ist es für eine Stellungnahme zu früh, aber wenn es bei der gegenwärtigen französischen Einstellung bleibt, wird es vermutlich eine lange Schwangerschaft werden. Zunächst wurde der vorgesehene „Atlantische Gipfel“ zwischen Nixon und den europäischen Führern aufgeschoben. Nixon, der jetzt seine Gespräche mit vier europäischen Ministerpräsidenten abgeschlossen hat, wird zwar im Herbst nach Europa kommen, die Staatsmänner aber wahrscheinlich einzeln treffen.

Die Europäer wären jedoch Narren, wenn sie in den kommenden Gesprächen ihre Karten überreizen. Es stimmt zwar, daß Nixon einen diplomatischen Coup braucht, um Watergate wettzumachen. Wenn aber eine US-europäische Deklaration gemeinsamer Ziele — die jetzt als Alternative zu einer Atlantik Charta gilt — unerreichbar ist, hat der Präsident noch andere Möglichkeiten. Ein Weg, seine Beziehungen zum Kongreß zu verbessern, wäre Nixons Eingehen auf die Forderungen nach einer Verringerung der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Und sein Gipfeltreffen mit Breschnew kann weitere Möglichkeiten eröffnen.

FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW

Europas Chance

Hongkong, 28. 5. 1973: Die neuen „Vereinigten Staaten von Europa“ könnten das Zepter den zitternden Händen Washingtons entwenden. Als

eine Gemeinschaft sind sie viel besser zur Führung qualifiziert — und das nicht nur wegen der relativ geringeren Neigung zur Korruption, die das öffentliche Leben wenigstens der wichtigsten Partner auszeichnet. Wie die Chinesen längst erkannt haben, kann Europa als eine Konföderation von Staaten, die ihre koloniale Vergangenheit überwunden haben, niemals als Supermacht auftreten... Europa ist jetzt der stärkste Handelsblock der Welt, und als solcher kann es am besten die Initiative für eine globale Währungsreform und ein Paket liberaler Handelsmaßnahmen ergreifen, die der Vernunft dienen und denen Hoffnung bringen, deren Interessen bisher nicht berücksichtigt wurden — den Ländern der Dritten Welt.

Kanzler Brandt hat in der Tat großen Mut und diplomatische Geschicklichkeit bei seiner erfolgreichen Ostpolitik bewiesen, die die Grundlagen für ein neues Verhältnis zu Osteuropa und zur Sowjetunion schuf — eine solidere Grundlage als alles, was Kissinger bisher erreichte. Selbst der „kranke Mann Europas“ scheint auf dem Wege der Besserung. Ministerpräsident Heath hat für England endlich eine wirtschaftliche Expansion erreicht.

Außenseiter bei Europas Thronansprüchen ist Paris. Disqualifizierend wirkt hier Frankreichs kriminelle Entschlossenheit, die Nuklearwaffentests über dem Südpazifik fortzusetzen... Die Europäer müßten teuer für die französische *force de frappe* zahlen, wenn sie Europa die Chance kostet, dort zu übernehmen, wo die Amerikaner aufgeben.

The Washington Post

Goldfieber

Washington, 21. 5. 1973: Die überhitzte Goldspekulation der vergangenen Woche ist ein weiterer Grund dafür, daß das Gold niemals wieder als Zahlungsmittel verwendet werden sollte. Das Volumen privaten Reichtums in den internationalen Geldmärkten steigt schneller als die Goldversorgung und bietet den Spekulanten die Gelegenheit, den Goldpreis in nie dagewesene Höhen zu treiben. Selbst in ruhigen Zeiten dient das Gold vielen kommerziellen Zwecken, die seine monetäre Rolle beeinträchtigen. Die heutigen Zeiten sind aber keineswegs ruhig. Während der Kongreß vergangene Woche mühsame Fortschritte bei dem Gesetz erzielte, das den Preis für eine Unze Gold auf 44,22 \$ festsetzen soll, wurde das Gold am Pariser Markt bereits zu 128 \$ je Unze gehandelt. Das illustriert, wie absurd die Behauptung ist, daß der Wert des Dollars etwas mit dem Gold zu tun hat. Legale Fiktionen sind zwar manchmal nützlich, diese aber sicher nicht.